

Unterrichtung

Hannover, den 13.12.2018

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Sicherstellung von qualifiziertem ärztlichem Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1532

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/2169

Der Landtag hat in seiner 36. Sitzung am 13.12.2018 folgende EntschlieÙung angenommen:

Sicherstellung von qualifiziertem ärztlichem Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) fördert und schützt die Gesundheit der Bevölkerung und ist ein unverzichtbarer Teil eines modernen Sozialstaats. Er beobachtet und bewertet, wie sich soziale Lebens- und Umweltbedingungen auf die Gesundheit auswirken. Der ÖGD nimmt im Rahmen der Daseinsvorsorge öffentliche Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung wahr und gehört neben der ambulanten und stationären Versorgung zur Basis des Gesundheitswesens in Niedersachsen. Mögliche gesundheitliche Risiken sollen frühzeitig erkannt, vermieden oder zumindest verringert werden. Der ÖGD arbeitet partnerschaftlich mit vielen Akteuren zusammen - dies gilt auf alle Ebenen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, von den Bundesbehörden über die Landesebene bis hin zu den niedersächsischen Gesundheitsämtern.

Dennoch beklagen vermehrt Landkreise in Niedersachsen, dass die Personalsituation und die schwierige Nachwuchssuche von qualifiziertem Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) sie vor unlösbare Aufgaben stellen. Oftmals müssen Stellen mangels geeigneter Bewerberinnen und Bewerber mehrfach ausgeschrieben werden, oder eingestelltes Personal wandert bereits nach kurzer Zeit aufgrund geringerer Bezahlung im TVÖD im Vergleich zur klinischen Tätigkeit wieder ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den ÖGD in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu verankern,
2. die Personalentwicklung und Personalausstattung im ÖGD am Umfang seiner fachlichen Aufgaben auszurichten,
3. mit den Tarifpartnern zu prüfen, wie die Wiederherstellung eines einheitlichen Ärztetarifs umgesetzt werden kann,
4. sich für eine bundesweit einheitliche Regelung einzusetzen, um den öffentlichen Gesundheitsdienst als dritte Säule im Gesundheitssystem zu erhalten,
5. zu prüfen, ob ein Lehrstuhl für den öffentlichen Gesundheitsdienst geschaffen werden sollte,
6. die verpflichtende Teilnahme von Kindern und Jugendliche an angebotenen Präventionsmaßnahmen in den Schulen wieder einzuführen.

(Verteilt am 14.12.2018)